

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

täglich abends mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insertionspreis:
die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

56. Jahrgang.

Sonntag, den 14. November

1909.

N 156.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 50 Pf. einschließl.
des „Jahrb. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

56. Jahrgang.

Sonntag, den 14. November

1909.

Im Handels-Register für den Landbezirk ist eingetragen worden

1) auf Blatt 215

(Firma **Lenk & Co.** in **Schönheide**)

der **Verführer August Richard Lenk** in **Schönheide** ist ausgeschieden.

2) auf Blatt 199

(Firma: **Ernst Engert jr.** in **Sundshübel**)

a) der **Fabrikant Ernst Heinrich Engert jr.** in **Sundshübel** ist ausgeschieden,

b) **Inhaberin ist Friederike Antonie Engert geb. Schürer** in **Sundshübel**,

c) **Prokura** ist erteilt dem **Kaufmann Curt Engert** in **Sundshübel**.

Eibenstock, den 6. November 1909.

Königliches Amtsgericht.

Das im Grundbuche für **Eibenstock** Blatt 55 auf den Namen des **Osfengeschäfts-**
inhabers Franz Xaver Engl eingetragene Grundstück soll am

29. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr

an der **Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung** versteigert werden.

Das Grundstück — Nr. 63 A des **Brandkatasters**, ist nach dem **Flurbuche** 1, 5 Ar

groß und auf 18750 M. — Pf. geschätzt. Es besteht aus **Wohnhaus** mit eingebautem
Laden und einem **Anbau** und liegt in günstiger **Geschäftslage** hier an der **Forststraße**; die
Brandkasse beträgt 15600 M.

Die **Einsicht** der **Mitteilungen** des **Grundbuchamts** sowie der **übrigen** das **Grundstück**
betreffenden **Nachweisungen**, insbesondere der **Schätzungen**, ist jedem **gestattet**.

Rechte auf **Befriedigung** aus dem **Grundstücke** sind, soweit sie zur **Zeit** der **Eintragung**
des am 23. **Oktober 1909** verlautbarten **Versteigerungsvermerkes** aus dem **Grundbuche**
nicht **erschichtlich** waren, spätestens im **Versteigerungstermine** vor der **Aufforderung** zur **Abgabe**
von **Geboten** anzumelden und, wenn der **Gläubiger** widerspricht, **glaubhaft** zu machen, wid-
rigenfalls die **Rechte** bei der **Feststellung** des **geringsten Gebots** nicht **berücksichtigt** und bei
der **Verteilung** des **Versteigerungserlöses** dem **Anspruche** des **Gläubigers** und den **übrigen**
Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der **Versteigerung** entgegenstehendes **Recht** hat, muß vor der **Erteilung** des
Zuschlags die **Aufhebung** oder die **einstweilige Einstellung** des **Verfahrens** herbeiführen, wid-
rigenfalls für das **Recht** der **Versteigerungserlöses** an die **Stelle** des **versteigerten Gegenstandes** tritt.

Eibenstock, den 12. November 1909.

Königliches Amtsgericht.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Stellung des Staatssekretärs des Reichs-
marineamts von Tirpitz soll erschütterter sein,
und zwar nicht nur infolge der Vorkommnisse auf der
Kieler Werft, sondern auch deshalb, weil maßgebende
Kreise einem Seeabkommen mit England, dem Herr
von Tirpitz stets entschiedenen Widerstand entgegen-
setzte, heute nicht mehr so abgeneigt sind wie früher. Vize-
admiral Capelle, der schon seit Jahr und Tag im
Reichsmarineamt großen Einfluß besitzt, wird als
Nachfolger des Herrn von Tirpitz bezeichnet. Möglich,
daß an den immer bestimmter auftretenden Gerüchten
etwas Wahres ist; Tatsache ist aber jedenfalls, daß
über die Zweckmäßigkeit eines Schiffsbau-Abkommens
zwischen dem Staatssekretär von Tirpitz und dem frühe-
ren Reichsminister Fürsten Bülow volles Einver-
nehmen bestand. Und die Kiel-Vorgänge? Die beruhen
auf einem altägyptischen System und können einer ein-
zelnen Person unmöglich zur Last gelegt werden. Au-
ßerdem hat ja gerade Herr von Tirpitz, wie bekannt,
lange vor den Kieler Verhandlungen Sorge für die
Einführung einer modernen und kaufmännischen Ge-
schäftsleitung auf den kaiserlichen Werften getragen.

Staatssekretär Dernburg, der von sei-
ner Amerika-Reise und seinem Besuche in England so-
eben erst zurückgekehrt ist, wird sich schon in wenigen
Tagen aufs neue nach London begeben, um dort am
24. dieses Monats an Besprechungen über die deutsch-
englischen Beziehungen und an einem Bankett der Lon-
doner Handelskammer teilzunehmen. Aus dieser Tat-
sache schließen Londoner Mütter, wie der „Voss. Ztg.“
gemeldet wird, daß erneute amtliche Besuche zur Ver-
besserung der deutsch-englischen Beziehungen gemacht
werden.

Zur Geschichte von englischen Unter-
seebooten vor Helgoland schreibt die „Köln. Ztg.“,
daß im Jahre 1904 die englischen Unterseeboote nur für
Zwecke der Küstverteidigung gedacht waren und nach
Maßgabe ihres Heizvorrats nicht mehr als 250 Ki-
lometer ohne Ergänzung zurücklegen konnten. Helg-
oland ist von England jedoch 300 Kilometer entfernt.

Die Hauptvorstandsfeier der deut-
schen Kolonialgesellschaft wird unter dem Vor-
sitz des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg, Re-
genten von Braunschweig, am 15. und 16. dieses Monats
in Magdeburg stattfinden.

Vorführung des Scherl'schen Schnell-
bahn-Systems. Das vielbesprochene Scherl'sche
Schnellbahnsystem ist am Mittwoch in Berlin zum er-
stenmal der Öffentlichkeit vorgeführt worden. Um 11
Uhr versammelte sich in dem Ausstellungshallen am
Zoologischen Garten eine große Anzahl geladener Gä-
ste, unter denen man den Eisenbahnminister Breiten-
bach, den Präsidenten des Patentamtes, Geheimen
Oberregierungsrat Haub, vom Seiten der Industrie u.
a. den Direktor der Siemens-Schudert-Werke bemerkte.
Auf einem Teil der Ausstellungshalle war zum Zwecke
der Vorführung ein regelrechter Bahndamm aufge-
schüttet. Auf diesem befindet sich die einzige Schiene
dieser „Einschienebahn“, an deren beiden Seiten die
Zuführungsdrähte für den elektrischen Strom entlang
laufen, die auf Porzellanisolatoren verlegt sind; die
Bahnstrecke ist mit einem Einsteigeperron, mit einer
Weiche und mit zwei Kurven von ziemlich geringem
Radius ausgestattet. Der Modellwagen hat vorn und
hinten ein kleines Drehgestell mit je zwei Rädern und

trägt auf beiden Seiten unten die Stromabnehmer, die
auf den Schienen schleifen. Er ist offen, fünfeinhalb
Meter lang, 1,6 Meter breit und mit einigen Sitz-
plätzen sowie einem besonderen Sitz für den Führer ver-
sehen, der in der Fahrtrichtung vorn Platz nimmt.
Um den Luftwiderstand möglichst zu verringern, ist der
Wagen vorn und hinten stark zugespitzt. Das Gleich-
gewicht wird dadurch erhalten, daß in seinem un-
teren Teile eine Art Kreis, das „Gynostop“, einge-
baut ist, der sich sehr schnell dreht und nicht weniger
als 8000 Umdrehungen in der Minute macht. Dieser
Kreis soll den Wagen auch während des Steigens
im Gleichgewicht halten, dazu sind aber auch noch be-
sondere Seitenstützen angebracht. Der Wagen fuhr,
nachdem Herr Richard Scherl, der Sohn des Erfin-
ders, in einem Vortrage die Eigenart des Systems er-
läutert hatte, auf der Bahn teils leer, teils mit Passa-
gieren mit anfangs geringerer, später aber gesteigerter
Geschwindigkeit viele Male um die Bahn herum. Der
Wagen ist, wie überhaupt die ganze Anlage, nur ein
Versuchs- oder Vorführungsmo-
dell, an dem sich aller-
dings bereits manche Vorzüge des „Einschienebahn-
Systems“ erkennen lassen, das aber die Probe auf seine
Brauchbarkeit zweifellos erst in größerem Maßstabe
wird ablegen müssen, ehe ein endgültiges Urteil darüber
möglich sein wird.

Hettstedt, 12. November. Heute mittag ist
hier ein Flugblatt verbreitet worden, in dem die Ar-
beiter aufgefordert werden, vollständig die Arbeit
bei der Mansfelder Gewerkschaft wieder auf-
zunehmen. Auch der sozialdemokratische Reichstags-
abgeordnete Sachse hat heute früh in einer hier abge-
haltenen Versammlung zur Wiederaufnahme der Ar-
beit aufgefordert. Das Flugblatt der Streikleitung
wurde im Laufe des Tages auch in den übrigen Orten
des Auslandsgebietes verteilt. Im Anschluß daran
fanden überall Versammlungen statt, in welchen den
Ausländischen empfohlen wurde, sich morgen wieder
zur Arbeit zu melden. Als Hauptgrund der Beendi-
gung des Ausstandes wurde bekanntgegeben, daß die
Wohlfahrt, den größeren Teil der Ausständigen auswärts
unter günstigen Wohnbedingungen unterzubringen, ge-
scheitert sei.

Der Kieler Unterschleife-Prozess.
Recht erbauliche Dinge sind durch die Zeugenverneh-
mung in dem großen Unterschleife-Prozess wieder ans
Tageslicht gekommen. Der Zeuge Händler Bernstein
erklärte, daß man ihm zum Wiegen eine hundert Jahre
alte Dezimalwaage gegeben habe, die wog aber immer
so, daß man mit dem Gewicht sehr zufrieden sein konn-
te. Schwerwiegende Aussagen machte der als Zeuge
vernommene Großkaufmann Marx-Frankfurt a. M.
Nach seinen Angaben war das bei der Kieler Werft
übliche Submissionswesen durchaus zu verwerfen, da
die Werft dabei am meisten geschädigt wurde. Aus-
wärtige Käufer, so erklärte der Zeuge, seien im Sub-
missionsverfahren der Werft einfach ausgeschaltet wor-
den. Die Frist für die Beschaffung des Materials war
so kurz, daß auswärtige Käufer gar keine Zeit hatten,
nach Kiel zu kommen, um sich das zum Verkauf Ge-
stellte anzusehen. Ueber die Ringbildung der Händler
„Chabrusa“, die den Zweck hatte, bei Submissionen
der Werft nicht über einen bestimmten Preis hinauszuge-
hen, äußerte sich der Zeuge, daß eine anständige Fir-
ma sich an diesem Treiben unmöglich beteiligen könne.
„Machen Sie denn in Frankfurt keine Ringbildung?“
fragte der Angeklagte Frankenthal. „Selbstverständ-
lich“, entgegnete der Zeuge, „aber in normaler Weise“.
Zeuge Marx erklärte ferner, daß er eines Tages von

Frankenthal, den er kaum dem Namen nach kannte,
einen Brief erhielt, in dem mitgeteilt wurde, daß
Marx' Angebot bei einer Submission entschieden zu
hoch sei. Das war vor Öffnung der Angebote, Frank-
enthal muß also Gelegenheit gehabt haben, die Of-
ferten durchzusehen. Wieder einmal kamen auch die
gehörnisvollen Ausdrücke „Rabbi I und II“, „Re-
schores“ und „Basboi“ zur Sprache, die man in den
Geschäftsbüchern der Angeklagten Frankenthal und Ja-
cobsohn gefunden hatte. Diese Ausdrücke sollten nach
Jacobsohn's Angaben gebraucht worden sein, um den
Angeklagten vor, daß die Konkurrenz nicht zu verraten,
mit wem man in Verbindung stehe. Der Gerichtshof
hielt aber Frankenthal vor, daß die Ausdrücke auch
in der mit Jacobsohn gepflegten Privatkorrespondenz
vorkämen. Frankenthal meinte, die hebräischen Aus-
drücke wären bei ihm schon gang und gäbe geworden.

Deutsche Kolonien.

Das erste Museum in unsern Kolo-
nien. In Togo hat sich ein Komitee gebildet, das
sich die Schaffung eines Landesmuseums, das mit Bü-
cherei und Lesehalle verbunden sein soll, zur Aufgabe
macht.

Schweiz.

Die Fremdenfrage in der Schweiz be-
ginnt neuerdings die öffentliche Meinung lebhaft zu
beschäftigen. Es wurden im Lande ungefähr 500 000
Ausländer gezählt, was ein Sechstel der gesamten
Bevölkerung ausmacht. Im Kanton Genf, wo unange-
seht Franzosen in großer Zahl einwandern, machen
die Ausländer sogar zwei Fünftel der Bevölkerung
aus. Man hält deshalb die Zeit für gekommen, um
die große Mehrzahl der Fremden zur Naturalisation
zu veranlassen, da sie im Genuß aller Vorteile, die
ihnen das Land bietet, sich den Pflichten entziehen, die
das Gesetz dem Schweizer Bürger auferlegt. In meh-
reren Städten, insbesondere in Zürich und Bern, haben
bereits große Versammlungen stattgefunden, in wel-
chen die Fremdenfrage erörtert und mögliche Lösungen
vorge schlagen wurden. Redner aller Parteien haben
dabei gesprochen, und es wurde allgemein der An-
sicht Ausdruck gegeben, daß die in der Schweiz gebore-
nen Kinder von Ausländern, die Schweizer Schulen be-
sucht haben, von Amts wegen als Schweizer erklärt
werden und in der Schweizer Armee dienen sollen.

Türkei.

Belästigungen Reichsdeutscher in der
Türkei. Die „Kölnische Zeitung“ meldet in einem
Telegramm aus Konstantinopel: Auf Grund der
Berichte des Konsulats in Saloniki sind neuerdings
von der deutschen Botschaft am 14. und 31. Oktober
bei dem türkischen Minister des Äußern Schritte getan
worden, um den deutschen Besitzer des Gutes Pale-
tura vor weiteren Belästigungen zu schützen und genau
durch Sachverständige festzustellen, wie die türkischen
Behörden u. teilweise die Behörden behaupten, daß die Mäh-
lenanlage die Ursache von Ueberschwemmungen gewor-
den sei. Die Belästigungen bestanden in verschiedenen
Störungen des landwirtschaftlichen Betriebes und der
Mählenarbeit. Schließlich wurde sogar das Wasser
vollkommen abgegraben, was auf Befehl und in An-
wesenheit des Kaimakams geschah, auch wurden die
unmittelbar zur Mühle gehörigen Anlagen böswillig
zerstört, wobei dem Besitzer, der sein Eigentum gegen
die Uebermacht verteidigen wollte, Gendarmen dro-
hend entgegen traten. Diese Zerstörung geschah mut-
willig, nachdem der Betrieb der Mühle durch völlige
Entziehung des Wassers schon unmöglich gemacht wor-